

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/39. Jahrgang

Mai 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

1. Mai

Internationaler Kampftag

Hungersnöte auch bei uns?

Jeder merkt es beim Einkauf von Lebensmitteln: Die Preise steigen un-aufhörlich. Zuerst Milchprodukte, jetzt kommen getreidehaltige Artikel dran. Was bei uns „nur“ zu persönlichen Einschränkungen beim Konsum führt, führt anderswo zu blanker Not.

Hungerunruhen in vielen Ländern

Schon in mindestens 37 Ländern kam es zu Hungerunruhen, mit Toten und Regierungsstürzen. Die kapitalistischen Staaten, die bis vor kurzem noch die baldige weltweite Beseitigung des Hungers versprochen hat-

ten, kommen in Erklärungsnot. Naturkatastrophen, Anstieg des Ölpreises, Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten und verstärkter Anbau von Energiepflanzen statt Nahrungsmittel werden als Ursache genannt. Tatsächlich haben alle Gründe mit der Profitgier der global tätigen Konzerne zu tun. Naturkatastrophen werden durch den Klimawandel verstärkt, der Ölpreis wird von den 7 transnationalen Ölmagnaten bestimmt, der Anbau von Energiepflanzen statt Nahrung wird von den Autokonzernen vorangetrieben, die weiter ihre spritfressenden Karossen vermarkten wollen.

Landwirtschaft wird ruiniert

Viele Entwicklungsänder, die früher den eigenen Lebensmittelbedarf mehr als decken konnten, wurden gezwungen, Einfuhrbeschränkungen und Zölle für Lebensmittel aufzuheben. Mit



Preistreiber im März

Speisequark + 46,6%

Mehl + 34,2%

Frische Vollmilch + 31,0%

Nudeln + 26,3%

Inhalt:

Die Machtergreifung der Alten	S.2
Linksfraktions-Anträge/Holzworm	S.3
Tarif ö.D./Zahlen/Edel-DDR/EU	S.4
Genmais/Agrosprit/Olympia/Bafög	S.5
Buchempfehlungen/Kosovo-Schlächter	S.6
Leserbriefe/Buchenwald/Hammerzahl	S.7
1. Mai/Termine/Anzeigen	S.8

(Fortsetzung Seite 2)

Weg mit Hartz IV



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den drei Schwätzern im Seltersweg: Protest gegen Hartz IV.

Solidarität mit den Postlern

Die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Post, die um besserer Bezahlung kämpfen und sich gegen schlechtere Arbeitsbedingungen wehren. Schon jetzt rangieren sie bei den Löhnen am unteren Ende; Arbeitsverdichtung und Streß haben – nicht zuletzt durch die Trennung von Sortieren und Zustellen – zugenommen. Jetzt will die Post die Arbeitszeit von 38,5 auf 41 Stunden erhöhen, damit 12.500 Jobs streichen und 500 Mio. E „einsparen“. Damit bliebe von der angebotenen Lohnerhöhung unterm Strich nichts übrig. Arbeitsplatzvernichtung schadet allen. Lohnerhöhungen stärken die Kaufkraft. Die Kolleginnen und Kollegen der Post brauchen Solidarität. Die DKP steht an ihrer Seite.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Die Machtergreifung der Alten

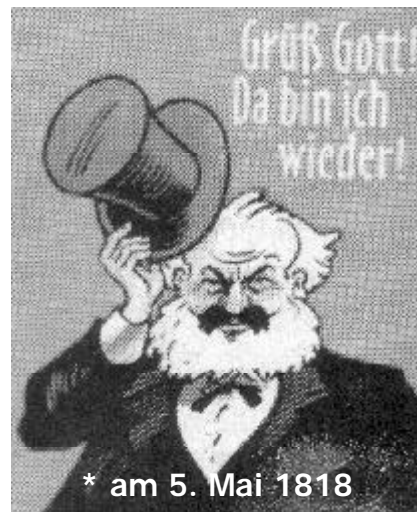
„Bild“ sagt es wie immer überdeutlich: „Die Alten übernehmen die Macht“ (10. April). Die Renten sollen „außer der Reihe erhöht“ werden. „Das ist der Anfang einer stillen Revolution!“ Die Renten werden im Juli statt um 0,46 um satte 1,1% steigen. Da haben die Alten doch glatt 7, 8 oder gar 10 Euro mehr in der Tasche und der Finanzminister hat das Nachsehen. Die Stimmen der Vernunft gehen da unter, nämlich die Warnungen der Herren Alt-Bundespräsident Herzog (CDU), Graf Lambsdorff (FDP), Wolfgang Clement (RWE, SPD), Wolfgang Reitzle (Linde AG), die monatlich, mir nichts, dir nichts, über 20.000 Euro reicher werden, woran man sieht, dass sie die Vernunft personifizieren. Die klugen Köpfe der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) blicken noch weiter: Der Krieg der Alten gegen die Jungen „ist nur ein Teilaspekt des wachsenden Konflikts zwischen denen, die das Geld erwirtschaften und denen, die über Transfers versorgt werden“ (12. April). „Rentner, Langzeitarbeitslose und Geringverdienende“ sahen staatliche „Wohltaten“ ab. Viele Menschen übersehen in ihrer Oberflächlichkeit, dass der Hartz-IV-Regelsatz kräftig von 347 auf 351 Euro erhöht werden soll. Demjenigen, der nicht mit höherem Einkommen und höherer Vernunft begabt ist, und der die Dinge aus der Perspektive von unten sieht,

erscheinen die Machtverhältnisse in der Welt des Kapitals allerdings ganz anders. Die realen Rentenkürzungen gehen munter weiter. Die Durchschnittsrente ist heute um 10% niedriger als in den 90er Jahren. Es steigen die Beiträge zur Pflegeversicherung und die Zuzahlungen für Medikamente. Und die Preise steigen so rasant, dass auch „Bild“ die Inflation nicht mehr übersehen kann: „Lidl-Chefs warnen: Neuer Preisschub bei Lebensmitteln!“ (21. April). Was wir Verbraucher schon lange fühlten, hat jetzt auch die Wissenschaft erkannt: Für Menschen mit geringem Einkommen, die fast ihr gesamtes Geld für Lebensmittel ausgeben müssen, beträgt die jetzige Inflationsrate nicht über 3 sondern über 6% (Universität Freiburg/Schweiz). Die Wirtschaftswissenschaftler dieser anerkannten Universität konstatieren, dass die Ruheständler von der Rentenerhöhung von 1,1% nichts haben werden. „Unterm Strich steht ein dickes Minus.“ Machtergreifung der Alten und Armen? Gewiss, dieser Staat würde bankrotten Banken und profitgierigen Konzernen gerne über die milliarden-schweren Geschenke von heute hinaus etwas zukommen lassen, da schmerzt jeder Cent für die Armen. Und so haben die Herrschenden den Armen nun offen den Krieg erklärt.

Klaus Mewes



190 Jahre Karl Marx



(Fortsetzung von Seite 1)

Hungersnöte

dem Export hochsubventionierten Getreides und Fleisches aus den Industrieländern wurde die dortige Landwirtschaft systematisch ruiniert. Jetzt sind sie darauf angewiesen, für Lebensmitteleinfuhren jeden geforderten Preis zu zahlen. Eine weitere Ursache der Teuerung ist die Spekulation. Steigende Preise ziehen Spekulanten an.

Es geht um Spekulations-Profit

Durch den Zusammenbruch der Immobilienspekulation in den USA wurden zig Milliarden Dollar Spekulationskapital frei. Ganze Ernten werden aufgekauft, zurückgehalten und erst dann verkauft, wenn der Preis den erhofften Profit bringt.

Bei den Landwirten kommt von Preis-

steigerungen fast nichts an.

Wirtschaftssystem ändern!

Die finanziellen Mittel, die zu einer wirksamen Bekämpfung des Hungers und zur Sicherung stabiler Lebensmittelpreise nötig wären, sind im Vergleich zu den weltweiten Militärausgaben lächerlich. Durch Verzicht auf militärische Tätigkeiten könnte übrigens auch viel mehr Energie eingespart werden, als sich aus Energiepflanzen jemals gewinnen läßt.

Die steigenden Preise, die uns tagtäglich verkündet werden, sind kein Naturgesetz. Sie werden gemacht – von den Preistreibern in den Konzernen. Durch Kampf um höhere Löhne könnten wir uns einen Teil des geraubten Geldes wieder holen. Tatsächlich helfen würde aber nur eine Änderung des Wirtschaftssystems.

Gernot Linhart

Karl Marx/Friedrich Engels: „Der Arbeiter wird zum Pauper (Armen), und der Pauperismus (Massenarmut) entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben... Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, 1847)

Linksfraktions-Anträge bestimmten Sozialausschuß

Die letzte Sitzung des Sozial-Ausschusses stand im Zeichen der Fraktion der Linkspartei, die drei der vorliegenden sechs Anträge gestellt hatte.

Gießen-Paß gilt auch im Stadttheater

Die Forderung, daß der Gießen-Paß auch beim Stadttheater gelten sollte, hatte sich erübrigt. Obwohl in den Richtlinien nicht mehr enthalten, können Hartz-IV-Empfänger wie früher verbilligt ins Theater gehen. Allerdings weiß das kaum jemand.

Kostenlose Nutz-Flächen abgelehnt

Mit dem zweiten Antrag sollte erreicht werden, daß die Stadt finanziell schwachen Menschen Nutz-Flächen zum Anbau von Obst und Gemüse kostenlos zur Verfügung stellt. Dies wurde – wie zu erwarten war – u.a. wegen "Sozialromantik" abgelehnt.

Für Kitas in kommunaler Trägerschaft

Der dritte Antrag war grundsätzlicher Natur und betraf die Trägerschaft von Einrichtungen zur Kinderbetreuung: „Krippen, Krabbelgruppen, Kitas und Kindergärten werden in Zukunft nicht an ‚freie Träger‘ übergeben, sondern in der Verantwortung der Stadt Gießen geführt.“ Das genaue Gegenteil davon hat die Stadt nämlich vor zu tun und gerade kürzlich beschlossen, einen städtischen Kindergarten, der zu 80% von muslimischen Kindern besucht wird, an die Kirche zu übergeben (s. Echo 3/08 und 9/07). In seiner Begründung verwies Michael Beltz

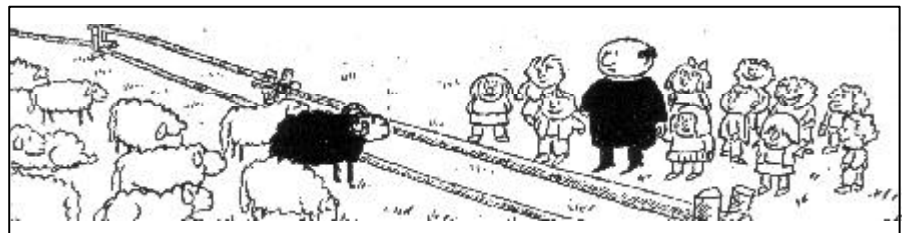
auf die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Staates für das Bildungswesen, die im Sinne der Vorschulziehung auch Kitas einschließen, er zitierte im weiteren Artikel 50, Absatz 1 der Hessischen Verfassung: „Es ist die Aufgabe von Gesetz oder Vereinbarung, die staatlichen und kirchlichen Bereiche klar gegeneinander abzugrenzen.“ Diese grundsätzlichen Verfassungsprinzipien wurden in der Diskussion geflissentlich ignoriert. Statt dessen berief sich insbesondere K-D. Grothe (Grüne) auf einen Passus im Jugendhilfegesetz zur Subsidiarität, das den Vorrang von „freien Trägern“ gegenüber kommunalen beinhaltet und verstieg sich zur Vision, daß sich die Stadt aus der Kinderbetreuung ganz verabschieden könne, ja müsse. Damit stellte er diese Subsidiaritätsklausel, die Anfang der 90er Jahre unter Kohl (der mit der „geistig-moralische Wende“) beschlossen wurde, über Grundgesetz und Hessische Verfassung. Was ja auch von einem Mitglied einer Partei, die höchste Grundwerte, nämlich Frieden, mißachtet – und völkerrechtswidrig Krieg führte – nicht unbedingt verwundert (das trifft allerdings auch auf CDU und SPD zu). Weitere Beiträge von Bgm. Weigel-Greilich, I. Bietz oder H. Kraushaar-Hofmann versuchten zu relativieren, angeblich solle weltanschauliche

McDonalds Werbung muß weg



Dieser Wegweiser befindet sich ohne Genehmigung, d.h. ordnungswidrig, seit geraumer Zeit am Kreuzplatz. Jetzt muß er weg.

Neutralität gewahrt, christliche Grundwerte aber schon vermittelt werden, oder lobten das kirchliche Engagement. Daß Diakonie und Caritas bzw. deren Vertreter Hartz-IV kürzen wollen, gegen Mindestlohn sind, unter Tarif bezahlen und in der Regel verlangen, daß ihre Beschäftigten in der Kirche sind, schien unerheblich. Religionsfreiheit gehört zu den Menschenrechten; das beinhaltet aber auch das Recht, von Religion frei sein zu dürfen. Immerhin gehören bundesweit fast 40% der Menschen keiner der beiden Kirchen an. Die anderen drei Anträge waren von der SPD gestellt worden. Die Magistratsparteien CDU/Grüne/FDP sahen im Sozialbereich in Gießen keinen Handlungsbedarf. Erika Beltz



Am 26. April wurden die ersten Stolpersteine zum Gedenken an Gießener Opfer des Faschismus verlegt. Diese Steine in der Neuen Bäume erinnern an Lotte, Moritz und Werner Herz, die 1942 deportiert und in Treblinka ermordet wurden.

Missionierung von Jugendamtsgraden

Das Jugendzentrum Holzworm, betrieben vom CVJM, bietet viele Hilfen für Kinder und Jugendliche der Nordstadt an. Wie das Echo schon öfter berichtete, wird hier auch immer wieder Missionierung durch einen christlichen Verband betrieben - und das mit öffentlichen Geldern der Jugendpflege. Neuestes Beispiel: Holzworm bietet mit einem Flyer drei Jugendfreizeiten in den Sommerferien an. Darin heißt es, daß für die Freizeit der 8 - 13jährigen neben Kreativem und Sport biblische Geschichten angeboten werden. Und die Freizeit für 15-19jährige bietet neben Sport, Erlebnis und Spaß Gott als Programm an. Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen in der Nordstadt gehören keiner christlichen Kirche an. Sollen die hier missioniert werden, oder sind sie als Teilnehmer gar nicht erst erwünscht? Wir fordern die Verantwortliche Dezernentin, Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich auf, dafür Sorge zu tragen, daß Jugendpflege nicht für religiöse Propaganda mißbraucht wird. K.S.

Die Edel-DDR

Anfang März offenbarte der mehrfache Milliardär Reinhold Würth der Schwäbischen Zeitung seine Zukunftsängste: Spätestens 2013 kommt unter der dann „rot-rot-grünen“ Bundesregierung, „das ganze Folterwerkzeug (gemeint sind Erbschaft-, Vermögens- und Reichensteuer) wieder heraus“. Und er prophezeit: „Wir befinden uns auf einem geradlinigen Weg in eine DDR-ähnliche Zeit, in eine Edel-DDR.“ - Da entstehen Existenzängste; da muß was getan werden...

Seit Ende März wird gegen Würth wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe ermittelt.

Würth ist auf Platz 9 der reichsten Deutschen und auf Platz 120 der weltweit Reichsten. Fazit: Reichtum schützt vor Schwachsinn nicht.

EU-Gericht für Lohndumping

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat wieder gezeigt, wozu die EU da ist – für die Sicherung des Profits der Kapitalisten. In einem Urteil wurde das Tarifreugesetz des Landes Niedersachsen ausgehebelt. Bei Aufträgen darf das Land nicht mehr darauf bestehen, daß die beauftragten Firmen mindestens Tariflohn zahlen. Ausländische Anbieter brauchen nur die in ihrem Land üblichen Löh-

ne zahlen. Ähnliche Urteile hat dieses Gericht auch im Fall einer finnischen Fähr-Reederei und einer lettischen Baufirma gefällt. Der im EU-Grundlagenvertrag und in der Dienstleistungsrichtlinie geforderte „unverfälschte Wettbewerb“ wird gerichtlich durchgesetzt. Löhne und Arbeitsbedingungen in der EU werden nach und nach dem jeweils niedrigsten Standard angeglichen. G.L.



Tarifabschluß öffentlicher Dienst

Es lohnt ein genauer Blick auf den – eher komplizierten und unübersichtlichen - Tarifabschluß für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, der in der Urabstimmung von rund 75% angenommen wurde. Als Erfolg gilt bei ver.di, daß ein Sockelbetrag von 50 Euro für jeden Beschäftigten erreicht wurde; dies hilft vor allen Dingen den unteren Lohngruppen. Nur sind gerade diese, z.B. Beschäftigte im Reinigungsdienst, häufig Teilzeitbeschäftigte. Da bleibt dann von den 50 Euro für Vollzeitentsprechend wenig über. Dazu kommen 3,1% Lohnerhöhung, die jedoch durch die Verlängerung der Arbeitszeit um 1,3% gekürzt werden muß, so daß letztendlich lediglich 1,8% übrig bleiben (in Hessen wurde bereits länger gearbeitet). Im Jahr 2009 gibt es eine Sockelbetrag von 225 Euro für Vollzeitbeschäftigte im Januar und dann 2,8% Lohnerhöhung, die durch die Verlängerung der Arbeitszeit tatsächlich jedoch nur 1,5% ausmachen.

Die Möglichkeit im Bundestagswahlkampf eine Tarifaueinsetzung zu führen hat ver.di vertan und dafür 24 Monate Laufzeit in Kauf genommen. Bei den Warnstreiks, auch hier in Gießen, war die Beteiligung gut, und es wäre organisationspolitisch wichtig gewesen, weitere Kampfbereitschaft zu demonstrier-

ren. Es wird für den öffentlichen Dienst nämlich ein immer größeres Problem, daß viele Beschäftigte keine Ahnung mehr davon haben, was es heißt, einen Arbeitskampf, auch mit Streik zu führen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß mit den hektischen Nachverhandlungen nach der gescheiterten Schlichtung die Verhinderung eines Streiks und damit die Verhinderung von Kampferfahrungen erreicht werden sollte.

Ende 2009 wird erneut die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf mindestens 40 Stunden gefordert werden. Die Tatsache, daß in Ostdeutschland weiterhin 40 Stunden in der Woche gearbeitet wird und daß der Tarifabschluß dort erst ab dem 1.4.08 in Kraft tritt, wirft ein weiteres Problem: Die Spaltung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt und sogar noch verstärkt.

Alles in allem bleibt, dieser Abschluß ist keine Katastrophe, wie es sein Vorgänger leider war, aber auch er ist abzulehnen. Die Forderung, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wenigstens Anschluß an die Privatwirtschaft finden sollten, wurde nicht erfüllt. Den Arbeitgebern ist weitere Arbeitszeitverlängerung und weitere Spaltung der Beschäftigten gelungen.

(Betriebsratsvorsitzender, Bereich TVöD)

Arbeitslosenzahlen: GELOGEN

Dank einer kleinen Anfrage der FDP vom März an den Bundestag wurde die Schönfärberei der Arbeitslosenstatistik gründlich entlarvt. Die umjubelten „nur“ 3 Millionen Arbeitslosen entsprechen laut offiziellen Angaben der Bundesagentur für Arbeit nicht den Tatsachen. Real hatten im vergangenen Jahr durchschnittlich mehr als 6 Millionen Menschen Lohnersatzleistungen bezogen, von denen 49% nicht in der Statistik registriert sind. Sie werden wie z.B. die 1-Euro-Jobber einfach nicht mitgezählt. Daß noch nicht einmal 20% der Erwerbslosen Arbeitslosengeld bezieht, ist ein weiterer Skandal. Der allergrößte Teil der Erwerbslosen muß von Hartz-IV leben.

Rechnet man diese Zahlen auf den Kreis Gießen hoch, kommt man zu dem Ergebnis, daß tatsächlich nicht 12.500 sondern 25.000 Menschen, nicht 9,4% sondern 19% arbeitslos sind. Während die Opfer dieses Systems zu Armut noch Sanktionen und Verhöhnung ausgesetzt sind, scheffeln die Superreichen ungehindert ihre Milliarden, und das noch oft am Fiskus vorbei.

Es ist dringend geboten, die Macht des Großkapitals einzuschränken, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse dieses Systems einzudämmen.

Giftiger Genmais wird verharmlost

In den Berichten über die an der Gießener Uni geplanten Anbauversuche mit dem Monsanto-Genmais MON810 wird dieses Produkt regelmäßig verharmlost. Vom „Gießener Express“ über die Tageszeitungen bis zu Wissenschaftssendungen im Fernsehen, immer heißtes, dieser Mais sei durch eine Genmanipulation resistent gegen den Pflanzenschädling Maiszüns-

ler gemacht worden. Tatsächlich ist der Mais nicht resistent, sondern er produziert ein Gift gegen dieses Insekt. Daran sterben aber nicht nur die Larven des Maiszünslers, sondern auch andere Insekten. Das Gift ist in allen Pflanzenteilen enthalten, von der Wurzel bis zur Frucht. Die Auswirkung auf Wirbeltiere und Mensch ist nicht ausreichend erforscht.

Etwa 100 Menschen, begleitet von 2 Traktoren, demonstrieren am 5. April in Gießen gegen die von der hiesigen Uni geplanten



ten Versuche mit genmanipuliertem Getreide. Sie zogen vom Brandplatz, wo sich die für die Genehmigungen zuständigen Stellen des Regierungspräsidiums befinden, zum Uni-Hauptgebäude und von dort weiter in den Alten Steinbacher Weg. Dort hat die Landwirtschaftliche Fakultät Versuchsfelder, auf denen in den vergangenen Jahren Versuche mit Gen-Gerste durchgeführt wurden. Diese Felder waren kurz davor von Gentechnikgegnern besetzt worden. Die anhaltenden Proteste gegen die Gen-Versuche waren erfolgreich – die Uni hat für dieses Jahr die Versuche, zumindest in Gießen und Umgebung, abgesagt.

G.L.

Agrosprit: Motoren wichtiger als Menschen.

Der Anteil von sog. Biosprit im Benzin sollte ab 2009 auf 10% erhöht werden. Mit „Bio“ hat dieser Sprit allerdings nichts zu tun, er wird aus industriell angebauten Pflanzen hergestellt, deren Anbau viel Energie, Dünger und Spritzmittel erfordert. Der Nutzen dieser Methode für das Klima ist fragwürdig, oft wird bei der Erzeugung dieses Treibstoffes mehr CO₂ oder andere Treibhausgase frei als bei der Verbrennung von Benzin aus Erdöl entsteht – vor allem, wenn zum Anbau der Energiepflanzen Wälder gerodet werden. Die EU hat sich allerdings, um ihre „CO₂-Einsparziele“ formal zu erreichen, dazu entschlossen, diese Klimagase einfach nicht zu berücksichtigen. Wohl der erste Politiker, der vor den verheerenden Folgen des Anbaus von Energiepflanzen gewarnt hat, war Fidel Castro, schon vor etwa zwei Jahren. Jetzt hat Umweltminister Gabriel die Pläne für mehr Agrosprit im Benzin aufgegeben - nicht, weil er die Schäden für Mensch und Umwelt erkannt hat, sondern weil dieser Treibstoff viele Motoren beschädigen kann! G.L.

UZ unsere zeit
Sozialökologische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Probeexemplare:
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de



Eulenspiegel, Satiremagazin, Nr. 5/08

Olympia-Boykott besser vorbereiten!

Die Vergabe der Olympischen Spiele 2016 an Chicago soll nur erfolgen, wenn die USA folgende Bedingungen erfüllen:

1. Abschaffung der Todesstrafe
2. Einstellung aller Kriegshandlungen
3. Abzug aus allen von den USA besetzten Gebieten
4. Verbot jeglicher Folter
5. Entlassung aller politischer Gefan-



Hier irrte Lenin

"Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren...", schrieb Lenin im Sommer 1917 in "Staat und Revolution" (Bd. 25, S. 440). Da kannte er die Deutsche Post (und die Gießener Briefträgerin) noch nicht. M.B.

Staat finanziert das Studium der Reichen

Die Gießener Studierenden sind finanziell besonders schlecht dran. Sie müssen durchschnittlich von 631 Euro im Monat leben (Vergleichszahl für Hessen: 658 Euro und Bund: 649). Nur 30% erhalten Bafög. Im Bundesdurchschnitt erhalten Bafög-Empfänger 5.720 Euro im Jahr. Das ist nicht viel mehr als der Staat reichen Studierenden zukommen läßt. Studierende aus vermögenden Familien empfangen 5.136 Euro im Jahr in Form von Ausbildungs- oder Unterhaltsfreibeträgen für Eltern. **Der Unterschied:** Bafög gibt's nur als Darlehen, es muß zu 50% zurückbezahlt werden!

genen in den USA, von Mumia Abu Jamal und den fünf kubanischen Patrioten, Schließung von Guantanamo sowie aller US-Gefängnisse in anderen Ländern

6. Erfüllung der Verträge mit den amerikanischen Ureinwohnern von 1870
7. Aufhebung der Blockade und Einstellung aller Angriffe gegen Kuba
8. Entschädigungszahlungen an Chile, Nicaragua, Nordkorea, Vietnam, Puerto Rico, Haiti, Panama, Serbien und Somalia

Ökonomie der Zerstörung

Das Buch des Engländers Adam Tooze zur zerstörerischen Wirtschaftspolitik des NS-Regimes liegt jetzt in deutscher Sprache vor. Tooze setzt bei seiner Untersuchung bereits am Ende der Weimarer Zeit ein und kann somit eingangs die interessante Frage stellen, wie flexibel die politische Grenzlinie zwischen der Republik und der NS-Herrschaft tatsächlich war. Allerdings hat etwa der Kommunist Emil Carlebach („Hitler war kein Betriebsunfall“) schon deutlicher aufgezeigt, wie sich die Republik der faschistischen Diktatur schrittweise annäherte: Stresemanns Versuch der Grenzrevision im Osten, Brünings Politik der Massenverelendung mit Hilfe des Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung, Schleichers Versuch der Regierungsbildung mit dem Strasser-Flügel der NSDAP. Nur schwach beleuchtet der Autor, mit welcher regen Kungelei zwischen bürgerlichen Politikern und Nazis Hitler an die Macht geschoben wurde. Die Herren der Großindustrie waren, wie Tooze darlegt,

mit der Wirtschaftspolitik der Nazis hochzufrieden, räumte doch diese mit Gewerkschaften und linken Parteien auf, ließ die Löhne auf niedrigem Niveau verharren und verhalf mit der Arbeitskraft von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen zu saftigen Gewinnen. Zur Politik der NS-Herrschaft bringt der Autor eine Unmenge Material, Statistiken, einen Bildteil, so dass das Buch allein schon als Nachschlagewerk taugt. Tooze zeigt auf, wie die Wirtschaftspolitik mit ihrer unverantwortlichen Geldwertzerstörung, der Vernichtung der Konsumgüterindustrie, ihrer Exportunfähigkeit (Autarkie) nur durch Krieg, d. h. Raub von Land, Rohstoffen und Nahrungsmitteln, zwölf Jahre überleben konnte. Für meinen Geschmack geht er dabei zu wenig auf die von den Nazis verursachte Not der Menschen und deren propagandistische Verführung ein. Gerade heute ist nach neuen Veröffentlichungen darauf hinzuweisen, dass Hitlers Politik von Anfang an auf Betrug an den Massen

angelegt war. Nehmen wir nur die 5 Reichsmark, die VW-Sparer wöchentlich zu leisten hatten, um angeblich dann im eigenen Wagen zu fahren. Die NS-Führer wussten genau, dass vor einer Zuteilung Deutschland im von ihnen entfachten Kriege wäre. Gläubig finanzierten die Sparer ein Programm für Wehrmachtkübelwagen. Je mehr die Zahl der Kriegstoten wuchs, um so höher stiegen die Profite der Rüstungsindustrie. Das Buch sei jedem, der sich für die NS-Ökonomie interessiert (Devisenbewirtschaftung, Rüstungsfinanzierung, Löhne und Preise, das Rüstungsprogramm des Albert Speer u. ä. m.), zur kritischen Lektüre empfohlen. Klaus Mewes

Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. Siedler-Verlag, München 2007. 927 S., 44 Euro.

Del Ponte und die Schlächter vom Kosovo

Carla del Ponte, Chefanklägerin des Tribunals über Kriegsverbrechen, hat ihre Memoiren veröffentlicht. Darin enthüllt sie Ungeheuerliches. Sie, die gnadenlose Härte gegenüber dem „Diktator“ Milosevic und anderen serbischen „Verbrecher“ walten ließ, wußte bereits 2001 von Greueln, die sie keineswegs verfolgte, sondern tunlichst half zu vertuschen. 300 junge Serben und Roma waren im Sommer 1999 - vermutlich von der Terrororganisation UCK - entführt worden. Sie wurden aus dem Kosovo nach Burrell in Albanien verschleppt. Dort wurden sie ermordet, ihre Körper regelrecht ausgeweidet und die Organe über Händler nach Westeuropa verkauft.

Del Ponte dazu lapidar in „La Stampa“ (Italien): Die Verfolgung von Kriegsverbrechen sei in der „modernen Welt“ eine politische Angelegenheit. Deswegen sei es auch „kein Zufall“, daß das Buch erst herauskommt, nachdem der Kosovo seine Unabhängigkeit proklamiert hat. In der kosovarischen Hauptstadt Pristina regiert jetzt der ehemalige UCK-Führer Thaci als Premierminister. Von ihm heißt es in „The Press“ (Belgrad), daß er höchstpersönlich kriminelle Geschäfte kontrolliert habe. Laut der russischen Zeitung „Prawda“ „verdiente er Millionen von Dollar durch den Organhandel“. – Von einer serbische Vermissenorganisation wird inzwischen eine Klage gegen del Ponte vorbereitet. Gibt es Zweifel über deren Ausgang?

Jürgen Todenhöfer zum Irak-Krieg

„Die große Mehrheit der irakischen Bevölkerung steht hinter dem Widerstand, der Angriffe auf Zivilisten ausdrücklich ablehnt,“ schreibt der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer in seinem im März erschienen Buch, in dem er Hinter- und Beweggründe für den anhaltenden irakischen Widerstandskampf schildert. Dieser Kampf ist legitim und hat nichts zu tun mit den Selbstmordanschlägen, die die Meldungen in den hiesigen Medien bestimmen. Von den täglich 100 militärischen Aktionen der Besatzer gegen die Bevölkerung und den Angriffen des Widerstands auf die US-Truppen berichten sie dagegen praktisch nichts. - Jürgen Todenhöfer, „Warum tötest Du, Zaid?“, Bertelsmann, 19.95 Euro



Gerhard Feldbauer: „Warum Aldo Moro sterben musste“*)

In der Form einer historischen Kriminalerzählung um die Figuren Palotta, Antonella und Maurizio entfaltet Gerhard Feldbauer vor unseren Augen die Affaire Moro und stellt Schritt für Schritt ihre Ursachen und Hintergründe dar.

Aldo Moro wurde am 16. März 1978 entführt und am 9. Mai ermordet. Die Erzählung von Gerhard Feldbauer erschien zum 30. Jahrestag des Komplotts, das von der CIA und ihrer Stay-behind-Truppe, die in Italien Gladio hieß, inszeniert wurde, um den christdemokratischen Politiker zu liquidieren, weil er ein Regierungsbündnis mit den Kommunisten geschlossen hatte. Die Auswirkungen der „Spannungsstrategie“, mittels derer die USA in Italien eine reaktionäre Wende bewirk-

ten, die schließlich den Hitlerbewunderer Berlusconi an die Regierung brachte, reicht bis in die Gegenwart.

Gerhard Feldbauer war im Verlaufe seiner sechsjährigen Korrespondentenarbeit in Italien während der Zeit der Entführung und Ermordung Moros vor Ort. Die Figuren Palotta, Antonella und besonders Maurizio gehörten gleich mehrfach zu seinen Bekannten.

*)Die Recherchen des Commissario Palotta: Warum Aldo Moro sterben mußte. Eine Kriminalgeschichte nach Tatsachen. Offensiv Heft 4/2008 (www.offensiv.com), 90 Seiten, Spendenempfehlung: 3 Euro. Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover, Tel.u.Fax: 0511-52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com

Leserbriefe

Psychischer Probleme in der Arbeitswelt

In den Medien wurde der Bericht des Berufsverbandes Deutscher Psychologen 2008 in Auszügen veröffentlicht. Danach erreichte Deutschland die von der Weltgesundheitsorganisation gesteckten Ziele zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz nicht. Während die Zahl der Arbeitsunfälle zurückgeht, nehmen psychische Verhaltensstörungen drastisch zu. Ihr Anteil an den Ausfalltagen ist von 6,6% auf 10,5% angewachsen. Es wird geschätzt, dass allein die depressiven Verstimmungen bereits 2020 nach den Herzerkrankungen an zweiter Stelle stehen werden. Ursachen sind dem Bericht zufolge: Zeitdruck, Komplexität der Arbeit und Verantwortung der Beschäftigten, fehlende Partizipationsmöglichkeiten, prekäre Arbeitsverhältnisse, wie Leih- und Zeitarbeit, mangelnde Wert-

schätzung, defizitäres Führungsverhalten sowie ein Ungleichgewicht zwischen beruflicher Verausgabung und erhaltenem Lohn. Besonders hoch betroffen vom Burn out sind die Berufsgruppen der Ärzte, Lehrer und Lokführer. Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch die permanente Sorge ist mit psychischen Belastungen verbunden. Arbeitslose, so zeigte sich bei den Untersuchungen, haben hohes Maß an somatoformen Beschwerden und eine besondere geringe Lebensqualität. Wie Recht hatte der KPD-Führer Ernst Thälmann als er 1930 sagte: „Die Frage der Solidarisierung der im Betrieb Stehenden mit den Erwerbslosen wird zum Zentralen aller kommenden Kämpfe.“ - Deshalb gilt, gemeinsam sich dagegen wehren, und sich nicht vereinzeln zu lassen, denn die Probleme sind strukturell.

Uwe Moldenhauer, Soziologe

Schöne neue Arbeitswelt

Taschenkontrolle, wenn ich komme und geh',
Video-Überwachung gar in Dusche und WC.
„Christliche Gewerkschaften“ vertreten
die Interessen der AG.
Das ist Kapitalismus pur –
von Mitbestimmung keine Spur.
So funktioniert die schöne, neue Arbeitswelt,
wie sie den Bossen gefällt.
Der Lohn ist karg, der Lebensunterhalt ist teuer,
der kleine Rest, der bleibt, den frißt die Steuer.
(In Wut - von einer Hartz-IV-Empfängerin)

Hungersnot explodiert

In unserer Welt eskaliert die Hungersnot. Eine Ursache: Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel explodierten in den letzten drei Jahren um 83%. Wie entstehen aber diese Preise? Sie unterliegen der erbarmungslosen Manipulation der multinationalen Getreidehändler und ihrer Banken durch Dumpingstrategien oder umgekehrt durch ein Zurückhalten der Ware vom Markt. Die Preise gehorchen nur einem einzigen Prinzip, dem der Profitmaximierung. Die Herrscher über die Börse von Chicago scheren sich nicht im geringsten darum, ob im Tschad, in Äthiopien oder Haiti diese unerschwinglichen Preise bezahlen werden können. Was sie wollen ist: jede Woche ein paar Millionen Dollar mehr verdienen. Diese mörderische Weltordnung muss umgestürzt werden. Einer Horde wild gewordener Börsentrader, Spekulanten und Finanzbanditen muss das Handwerk gelegt werden. So würden problemlos die weltweit produzierten Nahrungsmittel für über 12 Milliarden Menschen ausreichen.

Falk Moldenhauer

6 Richtige mit der Hammerzahl

2,3 Millionen US-Bürger sitzen im Knast

Dies sind etwa ein Prozent der erwachsenen US-Bevölkerung. Besonders unter Minderheiten ist die Häftlingsrate hoch: Jeder neunte afroamerikanische Mann aus der Altersgruppe von 20 bis 34 Jahren sitzt oder saß schon einmal im Gefängnis. Unsere Politiker verkünnen gerne die USA als „Hort von Freiheit und Glück“. Komme mir keiner mit dem Slogan: Von Amerika lernen – heißt siegen lernen.

3 Billionen Dollar kostet die USA der Irak - Krieg

Wer weiß schon, wie viele Nullen die Billion hat (es sind 12), geschweige denn: wer kann sich diese Summe überhaupt vorstellen. Aber diese Summe errechnete der Nobel – Ökonom Joseph Stiglitz (Quelle: sein Buch „The Three Trillion Dollar War“). Anschaulicher ist eine weitere Zahl: Die USA müssen jeden Monat 16 Milliarden Dollar für die laufenden Kosten der Kriege im Irak und Afghanistan zahlen. Die Gegenrechnung des Nicht-Pazifisten Stiglitz: Für 1 Billionen Dollar hätte die Regierung Bush 15 Millionen Lehrer einstellen oder 530 Millionen Kinder gesundheitlich versorgen können. Wie lernte ich in der Schule: Ist es auch Wahnsinn, so hat er doch Methode! (Zusammenstellung: Martin Wagner)

Gedenkfeier zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

Am Sonntag, dem 13. April fuhrn 54 Antifaschisten und Gewerkschaftler aus

Siegen und Mittelhessen nach Buchenwald, um der Selbstbefreiung des Kon-



zentrationen im April 1945 zu gedenken. Bereits ab dem 10. April hatten sich über 1000 junge Menschen aus über 20 Ländern zu einem Jungentreffen, das bis zum 15. April dauern sollte, zusammen gefunden. Unter dem Motto „Europäische Jugend auf

den Gleisen der Demokratie und der Freiheit“ folgten sie dem Ruf des „Institute des Vétérans“ (Belgien) und der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten“ zu einem internationalen Treffen mit Veteranen des antifaschistischen Kampfes.

An der Gedenkzeremonie des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora auf dem Appellplatz und der abschließenden Kundgebung des Jungentreffens am Glockenturm am Sonntag nahmen über 1500 Menschen teil. Am Glockenturm sprachen der Buchenwald-Häftling Floreal Barrier, der belgische Minister der Verteidigung Pieter de Crem und der Präsident der FIR Michel Vanderborght.

Trotz aller Angriffe

Kuba bleibt sozialistisch

Solidaritätsveranstaltung

anlässlich des 80. Geburtstages von
Che Guevara am 14. Juni mit

Horst Schäfer,

Journalist und langjähriger Korrespondent der DDR in München und in den USA sowie Autor des Buches „Im Fadenkreuz: Kuba“ über die jahrzehntelangen Angriffe der USA gegen Kuba und Attentate auf Fidel Castro.

außerdem: Cuba libre, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie



Live-Musik mit Sub Terra

am Freitag, dem 13. Juni, ab 19 Uhr DGB-Haus, Café Amelie
Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Sie wird unterstützt u.a. von DKP, Cuba Si, Gipanica - Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen-San Juan del Sur/Nicaragua, Die Linke, Rote Hilfe, SDAJ, Solid, VVN - Bund der Antifaschisten

Der 1. Mai – internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Die diktatorische Herrschaft des transnationalen Finanzkapitals ist international und national die große Herausforderung. Diese Macht entscheidet über Krieg und Frieden, über Umweltzerstörung und Klimakatastrophe, ja über die Frage des Lebens und Überlebens. Nie war es so notwendig, die Losung des Manifestes der Kommunistischen Partei „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ernst zu nehmen und in politischen Aktionen umzusetzen. Eine andere Welt ist möglich und nötig. Eine Zukunft dieser

Erde kann es nur jenseits des Kapitalismus geben. Private Eigentumsverhältnisse an den wichtigsten Produktionsmitteln müssen überwunden werden. Gesellschaftliches Eigentum in Bestimmung der Völker ist eine Grundvoraussetzung für diese andere Welt jenseits von Krieg, unwürdigen sozialen Verhältnissen, Würdelosigkeit. Wir Kommunistinnen und Kommunisten bleiben bei unserem Standpunkt: Eine sozialistische Zukunft ist unabdingbar.

(aus dem Mai-Aufruf der DKP)

40 Jahre SDAJ

Vor 40 Jahren, am 5. Mai 1968 wurde die SDAJ, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, gegründet, und dieses Jubiläum wird auch im Zentrum des diesjährigen Pfingstcamps stehen:

Festival der Jugend, 9. - 12. Mai, Jugendpark Köln

Alle weiteren Infos zum Festival findet

Ihr unter: www.festival-der-jugend.de

U.a gibt es auch ein Ehemaligen-Treffen von SDAJlern, MSBlern und Pionieren
Kontakt:

ehemalige@festival-der-jugend.de

Antifaschistische Fahrt

zu Orten des Faschismus und des Widerstandes anlässlich des 8. Mai 1945, Tag der Befreiung vom Faschismus:

Psychiatrie Außenlager KZ-Buchenwald, Immelmann-Säule Staufenberg, KZ-Zug Sachsenhausen, Großen-Buseck, KZ-Zug Dachau Mücke-Merlau, Zwangsarbeiterbaracke Laubach-Freienseen, Mord auf der Landstraße Laubach-Wetterfeld, Zwangsarbeiterlager Reiskirchen-Ettingshausen, Kloster Arnsburg.

**Treffpunkt: Sonntag, 11. Mai, 10:45 Uhr
Liebigmuseum (Liebig-/Bahnhofstraße),
4 Euro, Zeit: 3 bis 4 Stunden.**

Bündnis gegen Rechts

Die Privatisierer und ihre Argumente

im Bund, Land, Kreis und Stadt - und wie wir ihnen begegnen können mit Alexander Eilers, öffentliche Fraktionssitzung der Kreistagsfraktion, Mittwoch, 14. Mai 20 Uhr, Aspensos, Alter Steinbacher Weg

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; veranw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß: 29. Mai

**Spenden bitte auf Konto
Nr. 193070, BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen**

Leben, einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald – das ist unsere Sehnsucht.

(Nazim Hikmet)

Viel zu früh mussten wir Abschied nehmen von unserer Genossin und Internationalistin

Margrit Fritzen-Pfister

die uns im Alter von 50 Jahren für immer verlassen hat. Gerne hätten wir noch viele Jahre gemeinsam mit ihr gekämpft, gelitten und gefeiert, um diese Welt besser und menschlicher zu gestalten. Dies war uns nicht vergönnt, wir müssen jetzt ohne sie aber in ihrem Sinne weiter kämpfen. Unser Mitgefühl gilt ihrem Mann, unserem Genossen Thomas.

DKP Kreisorganisation Lahn-Dill

